

Hintergrundpapier zur aktuellen Situation im Sudan

Darfur

Allein im Juli 2006 seien in der westsudanesischen Provinz Darfur mehr humanitäre Helfer getötet worden als in den zwei Jahren zuvor, erklärte kürzlich das UN-Büro für die Koordination humanitärer Hilfe (OCHA). Ein UN-Sprecher erklärte, die Versorgung der Betroffenen werde aufgrund der Sicherheitslage immer schwieriger und forderte die Konfliktparteien auf, die Neutralität der Helfer zu respektieren und sie zu schützen. Von den Übergriffen waren auch Mitarbeiter des Gemeinschaftsprojektes von dem kirchlichen Netzwerk ACT (Kirchen helfen gemeinsam) und Caritas in Darfur betroffen, das von der Diakonie Katastrophenhilfe unterstützt wird. Die Befürchtung, es könne zu einem erneuten Blutvergießen ungeahnten Ausmaßes kommen, ist mehr als berechtigt.

Die neuerliche Verschlechterung der humanitären Lage in Darfur mag zunächst überraschen, war doch erst im Mai 2006 das Darfur-Friedensabkommen von der sudanesischen Regierung und einer Fraktion der Befreiungsbewegung unterzeichnet worden. Dieses von der Afrikanischen Union (AU) ausgehandelte Friedensabkommen versucht zwar durchaus, zu einer umfassenden Friedenslösung zu kommen, bei der ganz zentrale Aspekte wie Sicherheitsfragen und die Beteiligung an politischer Macht und am Zugang zu Ressourcen geklärt werden. Es ist den Verhandlungsführern, die unter enormem Zeitdruck vom Ausland standen, jedoch weder gelungen, das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung in Darfur zu gewinnen. Sie hat sich diesen Friedensprozess nicht wirklich zu eigen gemacht. Ebenso wenig gelang es ihnen, alle Rebellenfraktionen in Darfur mit auf den Weg zu nehmen, so dass nun auch zwischen den Rebellen gewalttätige Auseinandersetzungen begonnen haben. Dadurch ist eine neue Dimension und eine neue Ebene von Gewalt entstanden. Dieses Beispiel zeigt erneut, dass zu großer Druck aus dem Ausland und separate Friedensabkommen oft eher kontraproduktiv sind und zumindest nicht unbedingt zu einer umfassenden Friedenslösung beitragen.

Eine Lösung des Konfliktes in Darfur ist kompliziert, zumal jetzt eine weitere Zersplitterung von Interessen und Bewegungen zum Teil nach ethnischen Gruppen droht und damit einer noch subtileren Politik des „Teile und Herrsche“ Tür und Tor geöffnet sind. Es ist kein Zufall, dass der Konflikt in Darfur genau zu dem Zeitpunkt eskalierte, als der Stand der Friedensgespräche zwischen sudanesischer Regierung und SPLM/A ernsthafte Aussichten auf einen Friedensschluss zuließ, waren doch die Menschen in Darfur und anderen peripheren Gebieten des Landes von genau diesem Prozess ausgeschlossen. Leider gelang es damals nicht, zu wirklich umfassenden Friedensgesprächen zu kommen. Dabei hätte die Gesamtlage im Sudan, die ja von einem massiven Zentrum-Peripherie-Gefälle ohne gerechte Teilhabe der verschiedenen Ethnien und Regionen an politischer Macht und ökonomisch-sozialer Entwicklung gekennzeichnet ist, unter Einbeziehung aller Beteiligten im Mittelpunkt von Verhandlungen stehen müssen. Für solche umfassenden Friedensgespräche hatten sich ökumenische Netzwerke wie das Ökumenische Forum Sudan, zu dem auch die kirchlichen Hilfswerke in Deutschland gehören, immer eingesetzt. Somit ist es leider auch nicht gelungen, mögliche weitere bewaffnete Konflikte wie in Darfur mit unvorhersehbaren Folgen zu verhindern beziehungsweise zumindest einzudämmen.

Zweifellos müssen jetzt alle Konfliktparteien dringend Humanitäre Hilfe ermöglichen und die Neutralität dieser Hilfe respektieren. Ebenso wird es ohne den Schutz der Humanitären Hilfe durch die Missionen der Afrikanischen Union und der UN im Sudan nicht gehen. Auch sind die Bemühungen internationaler Organisationen wie AU, UN und die Einschaltung des Internationalen Strafgerichtshofes ebenso zu begrüßen wie das Engagement der deutschen Bundesregierung. Letztlich muss jedoch die Zivilgesellschaft in Darfur voll in den Friedensprozess einbezogen werden, müssen Vertrauenspersonen und -organisationen gefunden werden, die wirklich das Vertrauen aller Seiten genießen. Das klingt utopisch, hat aber im Südsudan mit dem unter dem Motto „Frieden schaffen von Volk zu Volk“ bekannt gewordenen Programm der sudanesischen Kirchen funktioniert. Hier konnten Konflikte zwischen ethnischen Gruppen, innerhalb einzelner Ethnien und auch zwischen Bevölkerung und der Führung bewaffneter Gruppierungen bearbeitet werden. Letztlich wurde somit die offiziell nicht in das Friedensabkommen einbezogene Zivilgesellschaft doch noch erfolgreich in den Friedensprozess eingebunden. In den islamischen Gesellschaften in Darfur werden die Kirchen zwar nicht genau dieselbe Rolle spielen können, doch sind auch hier gerade die religiösen Führer gefordert, ebenso wie das Programm „Frieden schaffen von Volk zu Volk“ auch für Darfur als mögliches Modell fungieren kann.

Wenig hilfreich ist allerdings die in den USA gestartete Kampagne, Unternehmen und Kapitaleigner aufzufordern, wegen der Situation in Darfur nicht mehr im Sudan zu investieren. Hier hat die „Europäische Koalition Öl im Sudan“, der auch „Brot für die Welt“, der Evangelische Entwicklungsdienst und Misereor angehören, eine wesentlich differenziertere Position erarbeitet: Da Öl die einzige Einnahmequelle für die Regierung im Südsudan darstelle, würde ein kompletter Investitionsstopp die Umsetzung des Friedensabkommens massiv gefährden. Druck müsse nicht unüberlegt sondern gezielt, gut geplant und international koordiniert ausgeübt werden. Es gehe um die Herausforderung, den Reichtum und die Bodenschätze des Landes zu einer Quelle für Frieden und gerechte Entwicklung zu machen. Sehr strenge und eindeutige Maßstäbe an internationale Investitionen anzulegen, sei deshalb hilfreicher als solche Investitionen völlig zu unterbinden.

Südsudan

Mehr Anlass zur Hoffnung gibt trotz weiterhin enormer Probleme die Situation im Südsudan. Bekanntlich wurde bereits im Januar 2005 zwischen Vertretern der sudanesischen Regierung und der südsudanesischen Volksbefreiungsbewegung SPLM/A das sogenannte Umfassende Friedensabkommen (Comprehensive Peace Agreement – CPA) unterzeichnet. Dieses Abkommen ist zwar keineswegs wirklich umfassend, aber dennoch eines der weitreichendsten Friedensabkommen, die jemals auf dem afrikanischen Kontinent geschlossen wurden.

In der Tat zog dieses Friedensabkommen einen Schlussstrich unter einen Bürgerkrieg, der 21 Jahre lang äußerst brutal geführt wurde und das flächenmäßig größte Land Afrikas ruinierte. Millionen Vertriebene, Verwundete, Traumatisierte, Entrechtete und Tote sind das traurige Resultat dieses Krieges. Ein Krieg, der um Ressourcen wie Land, Wasser und Öl geführt wurde, bei dem aber auch die Unterdrückung von Kultur, Werten,

Religion und Selbstwertgefühl der Menschen im Südsudan durch eine relativ kleine Machtelite in der Hauptstadt Khartum eine entscheidende Rolle spielte. Das Abkommen gewährt den Menschen im Südsudan die gleichberechtigte Partizipation an den beachtlichen Einnahmen aus den Erdölexporten, eine Beteiligung an der Zentralregierung der nationalen Einheit in Khartum und nach einer Übergangszeit von sechs Jahren die Wahrnehmung des Rechts auf Selbstbestimmung.

Das CPA hat zumindest im Süden des Landes zu Hoffnungen und verhaltenem Optimismus bei der Bevölkerung geführt. Somit sind bedeutende politische, soziale und wirtschaftliche Veränderungen zu erwarten, die zum Teil auch schon begonnen haben: So wurde bereits im September 2005 die Regierung der Nationalen Einheit etabliert, in der die SPLM/A unter anderem den ersten Vizepräsidenten des Landes stellt. Im nationalen Parlament verfügt die SPLM/A inzwischen über 28 Prozent der Sitze, im Oktober 2005 konstituierten sich auch Regierung und Parlament des Südsudan.

Die Kirchen und zivilgesellschaftlichen Gruppen begrüßen und unterstützen das Friedensabkommen, sehen jedoch auch noch zahlreiche Gefährdungen und Herausforderungen wie beispielsweise Sicherheitsfragen, Garantien für die volle Umsetzung des Abkommens, Aufbau eines Minimums an administrativen und rechtlichen Strukturen sowie neue Konfliktlagen, die sich zum Beispiel aus einer möglichen massenhaften Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen ergeben könnten. Die Gesellschaft im Sudan ist zudem immer noch nach Ethnien, Kulturen und Religionszugehörigkeit gespalten und natürlich gibt es auch politische und militärische Kräfte, die an einem Scheitern dieses Friedensabkommens Interesse haben.

Somit muss es jetzt darum gehen, das Friedensabkommen für den (Süd-)Sudan voll umzusetzen, mit Leben zu erfüllen und die damit gegebenen Chancen zum Neuaufbau zumindest eines Teiles des Landes zu nutzen. Entscheidend sind dabei:

- Die Überwachung der Umsetzung des Abkommens durch die Mission der Vereinten Nationen im Sudan.
- Umgehende Erarbeitung eines Entwicklungsplans für den Süden unter Beteiligung der Zivilgesellschaft.
- Realisierung der Finanzausgaben seitens der Trocaire-Länder zur Schaffung eines Trust-Fonds zum Wiederaufbau des Südsudan.
- Effektive Arbeit der Antikorruptionskommission der Regierung.
- Kontrolle der nordugandischen LRA im Land.
- Sorgfältiger Plan zur Repatriierung und Rehabilitierung der mehreren Millionen Flüchtlinge.

In vielerlei Hinsicht fehlt es hier noch an wesentlichen Schritten:

- Der UN-Gesandte zur Überwachung der Umsetzung des Abkommens kam erst knapp eineinhalb Jahre nach dem Friedensschluss, nämlich erst in diesem Juni, nach Khartum und sein Büro ist noch kaum funktionsfähig.
- Bis zum heutigen Tag existiert kein solcher Entwicklungsplan, ohne den es sehr schwierig sein wird, die Bevölkerung von den zugesagten ausländischen Entwicklungszusagen wirklich profitieren zu lassen – zumindest ist er nicht öffentlich und wird nicht mit der Zivilgesellschaft diskutiert. Die Zivilgesellschaft ist darüber hinaus relativ schwach und zersplittert, hier bedarf es einiger Unterstützung zu deren Stärkung.
- Die von den internationalen Gebern zugesagten drei Milliarden US-Dollar sind fern davon, geflossen zu sein.
- Es existiert keinerlei Transparenz oder öffentliche Kontrolle über die Mitteleinflüsse aus den Öleinnahmen, von denen die ökonomische Zukunft des Südens und damit die Chancen des Friedensabkommens sehr wesentlich abhängen werden. Chinas wachsender Einfluss im Ölsektor spricht auch nicht gerade dafür, dass die Regierung demnächst einen Wandel zu Transparenz, demokratischer Diskussion über die die Frage, wie die Bevölkerung des Südens an den Öleinnahmen partizipieren kann und Korruptionsbekämpfung auf Regierungsebene vollziehen wird.
- Die Regierung des Sudan hat nur bedingtes Interesse und begrenzte Möglichkeiten, die ugandische Lords Resistance Army unter Kontrolle zu halten.
- Es existiert kein Repatriierungsplan, die Flüchtlinge brechen in einzelnen kleinen Gruppen aus Khartum auf, haben aber häufig nicht genug Kraft und Ressourcen, um den langen Weg zu bestehen und im Süden lebend anzukommen.

Ein deutliches diplomatisches Engagement der Bundesregierung zugunsten der angesprochenen Desiderate wäre hier wünschenswert!

Das Engagement von „Brot für die Welt“ im Sudan

„Brot für die Welt“ hat bisher im Sudan über kirchliche Partner, Nichtregierungsorganisationen und Selbsthilfegruppen vor allem die Zielgruppe der (ehemaligen) Bürgerkriegsflüchtlinge unterstützt. Dabei sollen diesen Menschen ein Einkommen, einen Zugang zu wichtigen sozialen Basisdienstleistungen wie Bildung und Gesundheit und damit menschenwürdige Lebensbedingungen ermöglicht werden. Parallel dazu wurde über die kirchlichen Partner von „Brot für die Welt“ und der Diakonie Katastrophenhilfe im Sudan und die ökumenischen Netzwerke, an denen „Brot für die Welt“ beteiligt ist, die Friedensarbeit im Sudan gefördert. Gerade kirchliche Partner und ökumenische Bewegung haben durch ihre unermüdliche Lobby- und Advocacy-Arbeit wesentlich dazu beigetragen, den Weg zum Frieden zu bereiten. Insgesamt hat „Brot für die Welt“ seit dem Jahr 2000 für die Arbeit im beziehungsweise zum Sudan einen Betrag von fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Natürlich kommen inzwischen auf alle Partnerorganisationen von „Brot für die Welt“ wichtige neue Aufgaben in der Aufbau-, Entwicklungs- und Friedensarbeit zu. So werden etwa die „Brot für die Welt“-Partner im Südsudan gezielt die neue Zielgruppe zurückkehrender Flüchtlinge und Vertriebener in ihrer langfristigen Wiederaufbau- und Entwicklungsarbeit berücksichtigen. Ebenso wichtig ist allerdings weiterhin die Förderung der Bürgerkriegsflüchtlinge, die auch in Zukunft im Nordsudan (vor allem im Großraum Khartum) bleiben und sich dort eine menschenwürdige Existenz aufbauen möchten. Die Zahl dieser Menschen wird recht groß sein. Sie waren bisher schon die wichtigste Zielgruppe der „Brot für die Welt“-Partner im Nordsudan und dürfen jetzt, wo sich für sie tendenziell auch im Norden des Landes bessere Lebensperspektiven auftun, auf keinen Fall vergessen werden. Nicht zuletzt wird zudem die Friedens- und Versöhnungsarbeit an der Basis zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen aber auch die gewaltfreie Bearbeitung und Lösung von Konflikten innerhalb einzelner Ethnien fortgesetzt oder gar verstärkt werden müssen.

„Brot für die Welt“ wird die Partnerorganisationen im Sudan in den nächsten drei Jahren mit einem Betrag von etwa 700.000 bis 800.000 Euro pro Jahr unterstützen.

Das Engagement der Diakonie Katastrophenhilfe im Sudan

Darfur

Die internationalen kirchlichen Netz- und Hilfswerke ACT (Kirchen helfen gemeinsam) und Caritas International haben sich bereits im Juni 2004 zu einem Konsortium „Darfur Emergency Response Operation“ (DERO) zusammengeschlossen. Im Jahr 2006 arbeitet DERO in folgenden Bereichen:

- Friedensschaffende Maßnahmen: Hier liegt der Schwerpunkt des Gesamtprogramms; die Maßnahmen finden sich im gesamten Programm wieder; 13 Gemeindezentren werden eingerichtet; Informations- und Weiterbildungsmaterial steht zur Verfügung; leitende Mitarbeiter des Projektes besuchen Weiterbildungen zum Thema.
- Erziehung: 41.600 Kinder bekommen eine Grundschulausbildung; das Bildungsministerium wird bei der Unterhaltung von 42 Grundschulen unterstützt; zehn zusätzliche Schulen werden gebaut und eingerichtet.
- Maßnahmen zur sanitären Verbesserung: 140 neue Wasserstellen werden gebaut und 90 bereits existierende Wasserstellen repariert; neun Wasserreservoirs installiert; 3.000 Latrinen instandgesetzt und 1.000 neue Latrinen gebaut; die Gemeinden führen die Trinkwasser- und sanitären Anlagen in eigener Verantwortung; darüber hinaus gibt es Fortbildungen zu Hygienefragen.
- Gesundheit und Ernährung: 13 ganzjährige Gesundheitseinrichtungen und weitere neun 9 zeitlich beschränkte Gesundheitseinrichtungen sind in Betrieb; ein mobiles Gesundheitsteam wird eingerichtet; 14.000 Personen werden über ein Zusatznahrungsprogramm versorgt; in den Gesundheitseinrichtungen und in Gemeinden werden Informations- und Aufklärungskampagnen zur Gesundheitsvorsorge sowie zu Ernährungsfragen angeboten.

- Landwirtschaft: Getreidesaatgut und landwirtschaftliches Kleingerät wird an 15.000 Haushalte, Gemüsesaatgut an 7.000 Haushalte verteilt; Weiterbildungsmaßnahmen zu landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Anbaumethoden werden in den Gemeinden durchgeführt; in den Schulen und Gesundheitseinrichtungen werden Gemüseärten eingerichtet.

Seit der Eskalation des Konflikts im Darfur im Jahr 2004 hat die Diakonie Katastrophenhilfe insgesamt 2,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Südsudan

Seit 1998 betreibt die Diakonie Katastrophenhilfe ein Basisgesundheitsprogramm im südlichen Bahr-el-Ghazal, Bezirke Rumbek und Cueibet, mit insgesamt neun Gesundheitseinrichtungen. Jährlich werden in den Diakonie Katastrophenhilfe-Gesundheitseinrichtungen 70.000 bis 80.000 Patienten versorgt. Ziel des Diakonie Katastrophenhilfe-Programms ist es, die Morbiditäts- und Mortalitätsraten der verletzlichen Bevölkerung in der Region zu reduzieren. Es zielt auf eine Verbesserung der qualitativen und quantitativen Behandlungsmöglichkeiten durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen im medizinischen Bereich, durch Ausbau der Serviceleistungen in den Gesundheitseinrichtungen sowie durch Bereitstellung von Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial ab. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Vor- und Nachsorgebetreuung von Schwangeren sowie von stillenden Müttern. Auch regelmäßige Gesundheitserziehung wird durchgeführt.

Für die Bereitstellung einer Basisgesundheitsversorgung hat die Diakonie Katastrophenhilfe im Südsudan bereits über sechs Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Zur Verbesserung der Nahrungsmittelsicherheit und der Selbstversorgungskapazitäten arbeitet die Diakonie Katastrophenhilfe mit dem Lutherischen Weltbund als Partner im Südsudan zusammen und konzentriert sich dabei auf die Unterstützung von Rückkehrern. Da die Rückkehrer die Nahrungsmittelknappheit und die unzureichende Trinkwasserversorgung weiter belasten, wird die gesamte Bevölkerung in die Hilfsmaßnahmen (Unterstützung mit Grundnahrungsmitteln, Haushaltsgegenständen, Saatgut, Bau von Bohrlöchern) einbezogen beziehungsweise profitiert von den Aktivitäten.

„Brot für die Welt“/ Diakonie Katastrophenhilfe
15.08.2006